

Energie- und Außenpolitik

von Roland Götz

■ Seit der „Gaskrise“ Anfang 2006 wird Russland vorgeworfen, Gas als politisches Druckmittel einzusetzen und eine Energiepolitik zu betreiben, die den russischen Einfluss in der GUS sicherstellen soll. Lieferunterbrechungen und andere „Zwischenfälle“ sind jedoch nicht nur als politisch zu interpretieren, denn die russischen Energiemultis verfolgen mittlerweile eigene Ziele, für die sie sich freilich Rückendeckung im Kreml verschaffen. ■

Wahrnehmungen der russischen Energiepolitik

In den Ölkrisen der Siebziger Jahre war den westlichen Industrieländern ihre Abhängigkeit von Energieimporten und die Macht der OPEC vor Augen geführt worden. Parallel dazu entstand eine Kontroverse um die Handelsbeziehungen westlicher Länder zur Sowjetunion, insbesondere eine mögliche Gefährdung Europas durch zu große Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgasimporten aus der UdSSR. Damals setzten sich Frankreich und Deutschland gegen den Widerstand der USA durch, weil sie in der Sowjetunion einen verlässlichen Handelspartner sahen, mit dem man ins Geschäft kommen wollte. Dreißig Jahre später, nachdem der Nahe Osten erneut zum Krisenzentrum der Welt geworden ist und gleichzeitig Putins Russland mit Argwohn betrachtet wird, leben ähnliche Diskussionen erneut auf. Während in den letzten Jahrzehnten der Sowjetunion diese auf dem Energiegebiet als verlässliche Alternative zum unruhigen Nahen Osten betrachtet worden war, wird ihr Nachfolger Russland heute selbst als Energiesicherheitsproblem (und nicht mehr als dessen Lösung) gesehen.

Der Umschwung in der Beurteilung Russlands wurde, vor allem in den USA, durch die Verhaftung Michail Chodorkowskij ausgelöst. Neue Nahrung erhielt die Diskussion anlässlich der ukrainisch-russischen „Gaskrise“ am Jahresanfang 2006.¹ Russlands Agieren wurde in den Medien überwiegend als rein politisch motiviert und als „Bestrafung“ der Ukraine für die „orangefarbene Revolution“ interpretiert. Während europäische Politiker ihre Besorgnis zurückhaltend äußerten, kritisierten VertreterInnen der amerikanischen Administration wie Außenministerin Condoleezza Rice, der Direktor der US-amerikanischen Nachrichtendienste John Negroponte sowie US-Vizepräsident Dick Cheney den Kreml, dem man die Alleinschuld am ukrainisch-russischen

Gasstreit zumaß, in aller Schärfe. Das Wort von den russischen Energielieferungen bzw. russischem Erdgas als „Waffe“ kam in Umlauf.

Mit der Befürchtung, Russland könne seine Energieressourcen als außenpolitisches Druckmittel einsetzen, werden zwei im Westen weit verbreitete Ängste angesprochen und verknüpft: die gefährdete Energiesicherheit und die Bedrohung durch Russland. Beide Perzeptionen verstärken sich gegenseitig, wobei vorschnell von angeblich zweifelsfreien Tatsachen ausgegangen wird, die in Wirklichkeit aber höchst problematische Behauptungen darstellen. Das Bedrohungsgefühl wird vielfach durch eine „vage, aber dramatische Schilderung von Szenarien“ angestachelt.² Die zugespitzten Aussagen aus den Reihen der Politik reflektieren durchaus die Besorgnis der Öffentlichkeit im Westen um die Sicherheit der Energieversorgung und spiegeln gleichzeitig das ohnehin gespannte amerikanisch-russische Verhältnis wieder. Sie können jedoch ebenso wenig wie die unzähligen Medienkommentare zu dem Thema die dabei unterstellte Natur der Energiebeziehungen Russlands zu seinen europäischen Nachbarn und zu den GUS-Staaten beweisen. Gegen eine einseitige Interpretation dieses Verhältnisses sprechen bereits folgende Gesichtspunkte:

In der Regel wird das Problem der Energieversorgung Europas durch Russland oder andere Länder (wobei sich die Diskussion in der Regel nur auf Erdgas bezieht) vereinfacht als Verhältnis von „unzuverlässigen Produzenten“ zu „verwundbaren Verbrauchern“ wahrgenommen. Dabei wird übersehen, dass es spiegelbildlich zum Energieversorgungsproblem der Abnehmerstaaten auch ein Energieabsatzproblem der Energieproduzenten gibt. Für Russland etwa ist auf absehbare Zeit der Export von Energieträgern, die über die Hälfte seiner Exporte ausmachen, Grundlage seiner Wirtschaftsentwicklung und deren Dynamik. Zwar ist Russlands Wirtschaftsstruktur komplexer als die einiger reiner Rohstoffexportländer, doch sind die russischen Erzeugnisse, mit Ausnahme der Rohstoffe, außerhalb der GUS nicht konkurrenzfähig. Das Wachstum der russischen Wirtschaft wird, wie die Entwicklung nach 1999 deutlich zeigte, durch den Verkauf von Erdöl und Erdgas an das Ausland gesteuert.³ Berücksichtigt man die numerischen Relationen der Importe und Exporte und bezieht man die auf Europa ausgerichtete Transportinfrastruktur Russlands ein, ist Russland auf den europäischen Markt als Abnehmer

Roland Götz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.
Aktuelle Schwerpunkte: Lage und Entwicklungsaussichten der russischen Wirtschaft, Energiewirtschaft Russlands und Energiedialog EU-Russland.

zumindest ebenso angewiesen wie Europa auf Russland als Energielieferanten. Diese gegenseitige Abhängigkeit muss freilich nicht für das Verhältnis Russlands zu einzelnen europäischen Ländern und GUS-Staaten gelten.

Das Thema Energie in den Beziehungen zu den EU-Staaten

Seit den siebziger Jahren verläuft die Lieferung der westeuropäischen Staaten mit russischem Erdöl und Erdgas störungsfrei, wenn man von kurzzeitigen Lieferunterbrechungen beim Erdgastransit durch Belarus und die Ukraine absieht, auf die wir später noch eingehen werden. Beim russischen Erdölexport in die baltischen Länder war es dagegen mehrfach zu Unterbrechungen gekommen. 2002 begann *Transneft* seinen Öltransit über den lettischen Ölhafen *Ventspils* einzustellen, der ab 2003 ganz zum

Erliegen kam. Dahinter wurden einerseits politische Motive vermutet (Lettlands Unterstützung der amerikanischen Position zum Irak), aber auch die Bemühung des russischen Pipelinemonopolisten, bei der Privatisierung des lettischen Ölverladeunternehmens *Ventspils Nafta* Mehrheitseigentümer zu werden.

Am 31. 8. 2006 wurde der nach Litauen verlaufende Leitungsstrang der *Druschba*-Pipeline stillgelegt, weil auf russischem Gebiet (bei Brjansk) Lecks aufgetreten waren. Dadurch erhielt die litauische Raffinerie *Mazeikiu Nafta* kein Öl mehr. Zwar kann sie über das Ostseeterminal *Butinge* versorgt werden, doch nur zu erhöhten Kosten. Obwohl die technischen Ursachen – die 40 Jahre alte *Druschba*-Pipeline gilt als reparaturbedürftig – unbestreitbar sind, hat der Vorfall den Verdacht genährt, Russland wolle auf Litauen Druck ausüben. Es geht hierbei um den Verkauf der Raffinerie *Mazeikiu* an die polnische *PKN Orlen*, die zum

Vermögen der liquidierten *Jukos*-Gesellschaft gehört, an der auch die russische *Rosneft* interessiert ist.⁴

Es ist angesichts der Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte äußerst unwahrscheinlich, dass von russischer Seite auf die großen EU-Staaten jemals Druck durch Lieferbeschränkungen oder einen Lieferstopp ausgeübt werden wird. Eher besteht die Möglichkeit von Preisabsprachen auf dem von wenigen Anbietern gekennzeichneten Gasmarkt Europas. Zu den zukünftig größten Gaslieferanten für Gesamteuropa werden Russland, Algerien, Turkmenistan, Katar und Iran gehören. Bislang verfolgen die Gasgesellschaften dieser Länder keine aufeinander abgestimmte Preis- und Mengenpolitik. Seit Putin 2002 die Idee einer „Gas-OPEC“ lancierte, wird darüber diskutiert, ob es *Gasprom* bzw. Russland gelingen könnte, durch ein Kartell der großen Gasproduzenten auf den europäischen Gasmarkt Einfluss zu nehmen.⁵ Nachdem Putins

Vorstoß, der nur vom kasachischen Präsidenten Nasarbajew unterstützt worden war, zunächst keine Resonanz gefunden hat, scheint sich 2006 eine Entwicklung in diese Richtung anzudeuten. *Gasprom* und die algerische *Sonatrach* kündigten im August 2006 eine weit reichende Zusammenarbeit an. Hauptgegenstand dürfte die Nutzung der algerischen Erfahrungen mit Flüssiggas sein, die *Gasprom* bei seinen Plänen für Flüssiggaserzeugung in der Barentssee und auf Jamal benötigt. Außerdem liegt es im Interesse beider Gesellschaften, ihre Märkte beim Flüssiggasgeschäft mit den USA abzustecken. Eine umfassende russisch-algerische Gasallianz bedeutet diese Vereinbarung wohl aber noch nicht.

Russlands Energiebeziehungen zu den GUS-Staaten

Im Zusammenhang mit den „Bunten Revolutionen“ und den Versuchen des Kremls, seinen Einfluss im GUS-Raum zu bewahren, stellen sich im Zusammenhang mit russischen Energielieferungen weitere Fragen:



- Könnte Russland durch seine Position als Energieversorger dieser Länder eine Hinwendung der GUS-Staaten Ukraine, Moldova, Georgien, vielleicht auch eines Tages von Belarus zum Westen blockieren?
- Könnte in einer derartigen Auseinandersetzung auch die Versorgung Europas mit russischen Energielieferungen zumindest zeitweilig unterbrochen werden?
- Welchen Hintergrund hat die Expansion russischen Kapitals in die Energiesektoren der südkaukasischen und zentralasiatischen GUS-Staaten?

Die beiden ersten Fragen berühren die Bedeutung des leitungsgebundenen Energiehandels zwischen Russland und den europäischen Ländern. Während der größte Teil europäischer Erdölimporte auf dem Seeweg abgewickelt wird, erfolgt der überwiegende Teil seiner Erdgasimporte über Pipelines. Diese verlaufen über Transitstaaten, die gleichzeitig unter Russlands wirtschaftlichem und politischem Einfluss stehen. Damit stellt sich nicht nur die Frage einer quantitativen Energieabhängigkeit Europas von Russland, sondern auch die der Zuverlässigkeit des Transits für die Versorgungssicherheit bzw. Energiesicherheit Europas.⁶

Belarus

In Belarus spielt der Energieverbrauch die wichtigste Rolle, denn das Land besitzt außer Torf und Wasserkraft keine nennenswerten Primärenergieträger und auch keine Kernkraftwerke. Zwar wird Erdöl in hohem Umfang importiert (2005: 19 Mio. t), doch dient dieses überwiegend der Herstellung von Petroleumprodukten für den Export. Bei der Elektrizitätserzeugung wird zu 95 % Erdgas eingesetzt. Da Belarus, wiederum anders als die Ukraine, über keine nennenswerten eigenen Erdgasvorkommen verfügt, müssen rund 99 % des verbrauchten Erdgases importiert werden. Die eingeführte Menge, rund 20 Mrd. m³ (Tendenz steigend), liegt mit rund 2.000 m³ pro Einwohner und Jahr deutlich über dem entsprechenden Wert der Ukraine (1.200 m³) bzw. Deutschlands (1.100 m³).⁷

Das Verhältnis der sich politisch nahe stehenden slawischen Nachbarstaaten Belarus und Russland gestaltete sich wegen der Gasfrage schwierig und sehr wechselhaft. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 steht Belarus vor dem Problem, seine Gasrechnung in Russland bezahlen zu müssen. Schon Mitte 1993 hatten sich Gasschulden in der Höhe von 100 Mio. US-\$ angehäuft, die durch einen IWF-Kredit getilgt

wurden, nachdem *Gasprom* seine Lieferungen gedrosselt hatte. 1993 schlug *Gasprom* zum ersten Mal vor, das Vermögen von *Beltransgas* zu pachten und dafür eine Liefergarantie von russischem Gas an Belarus abzugeben. Das weißrussische Parlament war jedoch nicht zu einer Ratifizierung dieses Abkommens bereit.⁸ In den Folgejahren stiegen die Schulden aus russischen Gaslieferungen weiter an, jedoch verzichtete *Gasprom* auf Druckmittel gegenüber Belarus. Dies hing damit zusammen, dass Russland ab 1994 eine Währungsunion mit Belarus sowie die unentgeltliche Stationierung russischer Truppen vereinbarte. Außerdem beabsichtigte *Gasprom* den Bau der *Jamal*-Pipeline und war daher an Spannungen mit Belarus nicht interessiert. Erst 1997 erhöhte *Gasprom* den Druck auf Belarus, weil es seinerseits von der russischen Regierung zur Zahlung überfälliger Steuern gezwungen wurde. 1999 konnte Belarus erreichen, dass für Gaslieferungen von *Gasprom* der russische Inlandspreis berechnet werden sollte. Dadurch musste *Gasprom* den Preis von 40 US-\$ pro 1.000 m³ auf 30 \$ reduzieren. 2003 nahm die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen *Beltransgas* und *Gasprom* wieder zu: *Beltransgas* bezahlte nur einen geringen Teil des gelieferten Gases, *Gasprom* reduzierte seine Lieferungen und die privaten Gashändler *Itera* sowie *Transnafta* sprangen als Lieferanten ein, jedoch zu erhöhten Preisen. Für 2004 verlangte *Gasprom* 50 US-\$ pro 1.000 m³, worauf Belarus nicht einging. Daher lieferte *Gasprom* ab dem 18. Februar 2004 kein Gas mehr an Belarus, gleichzeitig stellten *Transnafta* und *Itera* ihre Lieferungen wegen Zahlungsrückständen ebenfalls ein. Daraufhin entnahm *Beltransgas* einen Teil des für den Transit nach Westen bestimmten Gases. *Gasprom* nahm seine Lieferungen am folgenden Tag wieder auf, dennoch führte die erste Unterbrechung der Transitlieferungen seit dem Beginn des Gasgeschäftes mit Russland in den europäischen Abnehmerländern zu Besorgnis. Insbesondere in Polen, das zwei Tage lang von der Gasversorgung abgeschnitten war, wird seither verstärkt über Alternativen zur Gasversorgung aus Russland nachgedacht.⁹

Mitte 2004 wurde folgende (vorläufige) Lösung des Gasstreits gefunden: *Gasprom* berechnete einen auf 47 US-\$ pro 1.000 m³ erhöhten Preis, gleichzeitig wurde die in Belarus geltende sehr niedrige Transitgebühr von 0,55 \$ pro 100 km auf 0,75 \$ erhöht. *Gasprom* gelang es lange nicht, gegenüber *Beltransgas* einen höheren als den kaum kostendeckenden russischen Inlands-

preis durchzusetzen, weil Präsident Lukaschenko den Gasdisput erfolgreich auf die politische Ebene verlagern konnte. Er brachte die Stationierung russischer Truppen, die Währungsunion mit Russland, die Russisch-weißrussische Union sowie den gemeinsamen Wirtschaftsraum erfolgreich ins Spiel. Außerdem konnte Belarus den Bau der *Jamal*-Pipeline sowie den Gastransit durch diese bzw. die andern nach Westen führenden Pipelines als Druckmittel einsetzen.

Die Bestrebungen von *Gasprom*, zum Ausgleich für eine Vorzugsbehandlung von Belarus Anteile am weißrussischen Gastransportnetz zu erhalten, waren bis Anfang 2006 erfolglos geblieben. Im April 2006 machte *Gasprom* jedoch klar, dass es Belarus, wie die anderen GUS-Staaten, nicht länger subventionieren wolle und verlangte einen Gaspreis von 200 US-\$ pro 1.000 m³ – vergleichbar mit dem Preis, den es der Ukraine berechnet (230 US-\$ pro 1.000 m³). Präsident Lukaschenko traf sich daraufhin mit Putin am 28. 4. 2006 und gab seine Zustimmung zu einer 50%-Beteiligung von *Gasprom* an *Beltransgas*. Gleichzeitig sollte *Beltransgas* einen 25%-Anteil an einem nicht näher spezifizierten russischen Gasfeld erhalten.¹⁰ Diese Regelung sichert, wenn sie wirklich zustande kommt, Belarus preiswertes Erdgas aus Russland und verhindert so einen Kollaps der gasintensiven weißrussischen Wirtschaft. Für *Gasprom* steht die Sicherheit des Gastransits im Vordergrund, der bei weiter steigendem Gasabsatzpreis in Europa immer wichtiger und wertvoller wird. Durch die Beteiligung an *Beltransgas*, das die *Jamal*-Pipeline technisch betreibt, erhält *Gasprom* eine noch bessere Kontrolle über die Transitpipeline. Auf den Wunsch der belarussischen Seite, nun auch den zweiten Strang der *Jamal*-Pipeline in Angriff zu nehmen, ging *Gasprom* bis 2006 jedoch nicht ein. Stattdessen konzentriert man sich derzeit auf den Bau der Ostsee-Pipeline und behält sich die Erweiterung der *Blue-Stream*-Pipeline durch das Schwarze Meer in die Türkei vor. Damit erhielt *Gasprom* die Möglichkeit, bei Problemen beim Landtransit Erdgaslieferungen auf Pipelines umzuleiten, die nicht durch Transitstaaten führen.

Ukraine

Die Probleme beim Gastransit durch die Ukraine waren auf die Verknüpfung der Transitfragen mit der Gasversorgung der Ukraine zurückzuführen. Da sowohl die Industrie einschließlich der Elektrizitätserzeugung als auch der kommunale Versorgungs-

bereich in den siebziger und achtziger Jahren von Kohle- auf Gasbefeuerung umgestellt worden waren, hat die Ukraine aus der sowjetischen Periode ein stark auf Erdgasverbrauch ausgerichtetes Energiesystem geerbt.¹¹ In den neunziger Jahren betrug der Inlandsverbrauch zwischen 70 und 80 Mrd. m³ pro Jahr. Die Ukraine verbrauchte damit pro Einwohner fast doppelt so viel Erdgas wie die Bundesrepublik Deutschland. Bezogen auf das ukrainische Bruttoinlandsprodukt ist der Erdgasaufwand mehrfach so hoch wie in Westeuropa.¹² Da fast drei Viertel des verbrauchten Erdgases importiert werden müssen, hat der Preis, zu dem Erdgas aus Russland sowie aus Zentralasien importiert wird, großen Einfluss auf die ukrainische Wirtschaftslage.

Bis 1993 lag der Preis für von *Gasprom* geliefertes Erdgas bei 42 US-\$ pro 1.000 m³, das war etwa die Hälfte des Preises, der westeuropäischen Kunden berechnet wurde. Gleichzeitig führte *Gasprom* für den Gastransit durch die Ukraine nur einen geringfügigen Betrag von 0,27 US-\$ pro 1.000 m³ und 100 km ab. Bereits seit Anfang der neunziger Jahre geriet die Ukraine mit der Bezahlung der Gaslieferungen in Verzug, was im Oktober 2002 erstmals zu Lieferkürzungen durch *Gasprom* führte, die sich in den Folgejahren wiederholen sollten. Als Reaktion darauf entnahm die Ukraine Gas aus den Transitleines, wodurch die mit den ost- und westeuropäischen Abnehmern vereinbarten Liefermengen unterschritten wurden. Schon damals war die Rede vom Übergang zu Weltmarktpreisen sowohl für die russischen Lieferungen als auch für die Transitentgelte.¹³

Sich anhäufende Schulden der Ukraine für Gaslieferungen, Verringerung der Gasliefermengen durch *Gasprom*, Vereinbarungen zwischen der Ukraine und Russland sowie erneute Zahlungsrückstände der ukrainischen Seite wechselten sich ab. 1999 übertrug *Gasprom* den Gashandel zwischen den zentralasiatischen Lieferanten und der Ukraine an Zwischenhändler (1999 *Itera*, 2003 *Eural Trans Gas*, seit 2004 *RosUkrEnergo*), zu denen angeblich auch *Gasprom*-Manager gehörten.¹⁴ Daneben wurde russisches Gas als Naturalentgelt für den Gastransit geliefert.¹⁵ Sowohl der Gastransit durch die Ukraine als auch die Gasversorgung durch *Gasprom* bzw. Russland wurden zwischen 1994 und 2004 in einer Reihe von Abkommen geregelt, die sich zwar ergänzten, jedoch auch Raum für Interpretationen offen ließen. Die Vielzahl von Abkommen überdeckt allerdings grundsätzliche Schwächen der Regelungen: Es

wurde keine Grundlage für einen langfristigen Interessensausgleich geschaffen, wie er z.B. in den Langfristverträgen zwischen europäischen Kunden von *Gasprom* durch die Bindung des Erdgasbezugspreises an den Ölpreis besteht.

Nachdem die Verhandlungen zwischen der ukrainischen Seite (der nationalen Gasgesellschaft *Naftohaz Ukrainy* bzw. der ukrainischen Regierung) sowie *Gasprom* über die Verlängerung der entsprechenden Abkommen für 2006 ergebnislos geblieben waren, stoppte *Gasprom* mit 1. Januar 2006 die Binnenversorgung der Ukraine, was sich jedoch nicht auf den Gastransit nach Europa auswirken sollte. Daraufhin entnahm die Ukraine Gas, das für den Transit bestimmt war, was einen Druckabfall in den nach Westen führenden Fernpipelines zur Folge hatte.

Die westliche Öffentlichkeit nahm Partei für die Ukraine und unterstellte Russland einen Missbrauch von „Erdgas als Waffe“, um die Ukraine für die orangene Revolution zu bestrafen – eine einseitige Interpretation. Es gibt eine alternative ökonomische Erklärung, die sich ebenso gut mit den Fakten vereinbaren lässt, wie die politische Auffassung: Der der Ukraine von *Gasprom* berechnete Preis von 50 US-\$ pro 1.000 m³ war Mitte der neunziger Jahre eingeführt worden, als der europäische Exportpreis bei 70 US-\$ pro 1.000 m³ lag und damit unter Berücksichtigung der Transportentfernungen angemessen war. Er stellte angesichts des bis 2005 auf 220–250 US-\$ pro 1.000 m³ gestiegenen „europäischen“ Preises eine Subvention der ukrainischen Wirtschaft dar, für die es aus Sicht von *Gasprom* keine Notwendigkeit gab. Es war allerdings ein Armutszeugnis für beide Seiten, dass *Gasprom* und die ukrainische Seite im Verlauf des Jahres 2005 keine Einigung über einen neuen Gaspreis bzw. das Transitentgelt erzielen konnten, sondern auf eine Konfrontation zusteuerten, die Dritte – sowohl die europäischen Gaskunden Russlands, als auch die ukrainische Bevölkerung – in Mitleidenschaft zog.

Der Prestigeverlust für die russische Führung, die sich 2006 als verlässliche Energiegroßmacht präsentieren wollte, war erheblich und beschleunigte möglicherweise die Verhandlungen, die am 4. Januar 2006 zu einem neuen Abkommen führten.¹⁶ Demnach werden Gastransit und Binnenversorgung der Ukraine nunmehr getrennt geregelt. Für den Gastransit entrichtet *Gasprom* in der Periode 2006 bis 2011 eine Gebühr (1,6 US-\$ pro 1.000 m³ und 100 km Transitstrecke). Die Gasversorgung der Ukraine

geschieht durch den Zwischenhändler *Rosukrenergo*, der sowohl russisches Erdgas (zum „Weltmarktpreis“ von 230 US-\$ pro 1.000 m³) als auch zentralasiatisches Gas (für 50–60 US-\$ pro 1.000 m³) einkauft und an die ukrainische Gasgesellschaft für 95 US-\$ pro 1.000 m³ weitergibt. Zwar war die Gültigkeit dieser Vereinbarung ursprünglich nur auf das erste Halbjahr 2006 begrenzt, doch scheint die ukrainische und russische Seite Interesse daran zu haben, sie bis Ende 2006 beizubehalten und einen neuen „Gaskrieg“ zu vermeiden.

Dass die Transitgebühr auf fünf Jahre festgelegt bleibt und überdies verhältnismäßig niedrig angesetzt ist, könnte sich für die Ukraine als nachteilig erweisen. Wenn *Rosukrenergo* den Preis, zu dem es die Ukraine beliefert, erhöhen sollte, würde sich die Gasrechnung für die Ukraine ungünstiger gestalten, da die Einnahmeseite mittelfristig fixiert ist. Dass *Gasprom* seinen Preis (230 US-\$ pro 1.000 m³) bald anhebt, ist allerdings eher unwahrscheinlich, weil *Gasproms* Hauptziel, die Zugrundelegung von „Weltmarktpreisen“, erreicht ist und dort kein Interesse an einer neuerlichen Auflage des „Gaskriegs“ bestehen dürfte.

Die große Unbekannte in der ukrainischen Gasrechnung ab 2006 wird das Gas aus Zentralasien und vor allem dessen Preis sein. Da dieses vorwiegend aus Turkmenistan kommen wird, hängt alles von dem Verhalten des seit 1990 das Präsidentenamt bekleidenden turkmenischen Herrschers Saparmurat Nijasov („Turkmenbaschi“) ab. Dieser versuchte in der Vergangenheit mehrmals gegenüber Russland, aber auch gegenüber der Ukraine, einen höheren Gaspreis durchzusetzen, was regelmäßig daran scheiterte, dass es für turkmenisches Erdgas bislang keine nennenswerten Alternativen als die Belieferung Russlands bzw. der Ukraine und von Belarus sowie den Transit durch das *Gasprom*-Netz gibt. Es ergibt sich eine Interessensidentität zwischen Russland bzw. *Gasprom* sowie Ukraine und Belarus, die alle an einem niedrigen Preis für das turkmenische Gas interessiert sind. Sowohl für Russland als auch für die Ukraine und Belarus ist ein Bezugspreis für Erdgas unter 100 US-\$ pro 1.000 m³ für ihre weithin veralteten und energieintensiven Industriebetriebe lebensnotwendig. So lange Turkmenistan über keine alternativen Abnehmer für sein Gas verfügt (d.h. so lange keine Pipelines von Turkmenistan nach Europa und China bzw. Pakistan/Indien bestehen) ist es gezwungen, auf die Preisvorstellungen seiner GUS-Nachbarn einzugehen. Die Ukraine kann daher noch für ei-

nige Jahre darauf hoffen, dass sie von Turkmenistan – über *Rosukrenergo* – weiterhin mit relativ billigem Erdgas beliefert werden wird.

Moldova

Moldova ist bei Erdölprodukten und Erdgas vollständig von Russland abhängig.¹⁷ Mit Erdgas wird es durch Pipelines versorgt, die aus der Ukraine kommen. Weil die nationale Gasgesellschaft *MoldovaGaz* mehrfach mit der Bezahlung der Gasrechnungen im Rückstand war, unterbrach *Gasprom* seine Belieferung. Vor allem wegen Zahlungsrückständen der Industrie ist *MoldovaGaz* bei *Gasprom* mit 300 Mio. US-\$ verschuldet. Die Verschuldung von Transnistrien gegenüber *Gasprom* überschreitet eine Mrd. US-\$.¹⁸ Auf den Vorschlag der russischen Seite, Schulden gegen Eigentum am Gasnetz zu tauschen, ging man nicht ein. *Gasprom* ist mit 50 % plus einer Aktie an *MoldovaGaz* beteiligt, der Anteil der Republik Moldova beträgt 35,33 %, derjenige Transnistriens 14,44 %. Der Rest gehört Privatpersonen, darunter leitenden Angestellten von *Gasprom*. 2005 übertrug Transnistrien seine Anteile an *Gasprom*, die Transaktion hat jedoch noch keine Rechtskraft.¹⁹ *Gasprom* strebt die Übernahme von *MoldovaGaz* an.

Nachdem der Gaspreis für Moldova längere Zeit 80 US-\$ betragen hatte, erhöhte *Gasprom* ihn zum 1.1.2006 auf 110 US-\$ und zum 1.7.2006 auf 160 US-\$. Damit liegt der Preis für russisches Gas zwar deutlich unter dem, den *Gasprom* der Ukraine berechnet (230 US-\$), ist für Moldova unter den gegebenen Umständen eines exzessiven Verbrauchs wirtschaftlich aber kaum tragbar. Die Regierung Moldovas, die weitere Gaspreiserhöhungen befürchtet, möchte wenigstens den Gaspreis für mehrere Jahre bei 160 US-\$ einfrieren. Gleichzeitig will sie einer Erhöhung der Beteiligung von *Gasprom* an *MoldovaGaz* von 50 % auf 100 % nicht zustimmen. Während Belarus und die Ukraine gegenüber *Gasprom* bzw. der russischen Seite ihr Gewicht als bedeutsame Transitländer entgegenzusetzen können, ist Moldova ein ungleich schwächerer Verhandlungspartner. Langfristig könnte es aber von einem EU-Beitritt Rumäniens und einer stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung mit der EU profitieren und möglicherweise nach dem Bau der *Nabucco*-Pipeline von dort mit Erdgas versorgt werden.

Georgien

Georgien verfügt über keine nennenswerten heimischen Energieressourcen

außer Wasserkraft, aus der 75 % seiner Elektrizität erzeugt werden. Es benötigt darüber hinaus Erdgas, das aus Russland, Kasachstan und Turkmenistan über *Gasprom*-Pipelines importiert wird.²⁰ Wegen Zahlungsrückständen kam es mehrfach zu Lieferunterbrechungen durch *Gasprom*, das seinen Preis für Gaslieferungen zum 1. 1. 2006 auf 110 US-\$ pro 1.000 m³ angehoben hat. Mit dem 2006 beginnenden Bau der Südkaukasischen Gaspipeline von Baku ins türkische Erzerum, die entlang der *Baku-Tbilissi-Ceyhan Ölpipeline (BTC)* verlaufen wird, erhält Georgien Erdgas aus Aserbaidshans und wird damit von Gaslieferungen aus Russland zunehmend unabhängig werden. Im Elektrizitätsbereich hat 2003 die russische AG „Vereinigte Energiesysteme“ (*RAO UES*) 75 % des Elektrizitätsnetzes der Hauptstadt Tbilissi von einer erfolglos gebliebenen amerikanischen Firma übernommen. Der russische halbstaatliche Energiekonzern kontrolliert damit ein Viertel der Elektrizitätserzeugung und 35 % der Stromverteilung in Georgien. Insgesamt kann – im Gegensatz zu geäußerten Befürchtungen – von einem übergroßen Einfluss russischen Kapitals auf den nach Westen orientierten Staat, der einen EU-Beitritt anstrebt, keine Rede sein.

Armenien

Armenien ist, wie Georgien, auf Gasimporte angewiesen und sieht sich wie dieses mit Preiserhöhungen durch *Gasprom* konfrontiert. Während aber im Falle Georgiens über politische Hintergründe für russische Gaspreiserhöhungen spekuliert werden konnte, liegt dies beim russlandfreundlichen Armenien (es schuldet Russland „Dankbarkeit“ für dessen waffentechnische Unterstützung im Krieg gegen Aserbaidshans und hat daher unentgeltlich auch eine russische Militärbasis errichtet) nicht nahe. In Armenien ist, mehr noch als in anderen GUS-Staaten, eine Expansion russischen Kapitals aus eindeutig kommerziellen Motiven zu beobachten: Das armenische Kernkraftwerk *Metsamor* und große Teile der Elektrizitätsinfrastruktur gingen zur Abgeltung von Schulden an *Gasprom* über. Nachdem *Gasprom* seinen Preis zum Jahresanfang 2006 von 56 US-\$ pro 1.000 m³ auf 110 US-\$ pro 1.000 m³ erhöht hatte und weitere Preiserhöhungen zu befürchten waren, wurde im Tausch gegen armenische Aktiva (5. Block des Gaskraftwerks *Hrazdan*) Preisstabilität bis 2009 vereinbart.²¹ *Gasprom* übernimmt durch die von ihm kontrollierte armenische Energiegesellschaft *ArmRosGaz* außerdem den Bau und

Betrieb der Gaspipeline Iran-Armenien auf armenischem Territorium. Damit wird allerdings die von Armenien gewünschte Diversifizierung der Gasimporte aufgegeben und der Plan einer Weiterführung dieser Pipeline durch Georgien und das Schwarze Meer in die Ukraine obsolet.

Aserbaidshans

Da die politischen Beziehungen zwischen Russland und Aserbaidshans im Zusammenhang mit dem Krieg um Nagornyj-Karabach, in dem Russland Armenien unterstützt hatte, angespannt waren, blieb Russlands Einfluss auf den Energiesektor Aserbaidshans in den neunziger Jahren begrenzt. 1994 gelang es Aserbaidshans, zugleich zehn westliche Ölfirmen wie auch Russlands *Lukoil* in einem „Jahrhundertvertrag“ zur Ausbeutung von drei Ölvorkommen im kaspischen Meer zusammenzuführen.²² Für den Öltransport wurde 1999 die Pipeline von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa und 2006 die *BTC* eröffnet, letztere unter Kontrolle der britischen *BP* stehend. Parallel zur *BTC* befindet sich eine Gaspipeline nach dem türkischen Erzerum in Bau. Die aserbaidshansischen Großprojekte im Erdöl- und Erdgassektor sind somit Russlands Einfluss entzogen. Nur ein Verbund der Elektrizitätsnetze Russlands, Aserbaidshans und des Iran wird auf Grund eines Vertrags aus dem Jahr 2004 vorangetrieben.²³

Usbekistan

In Usbekistan, das wegen seiner reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen bei Energie Selbstversorger ist, sind sowohl *Gasprom* als auch *Lukoil* an der Erschließung von Erdgas- und Erdölfeldern mit Investitionen in Milliardenumfang beteiligt. *Gasprom* will zudem eine Beteiligung an Usbekistans nationaler Gasgesellschaft erwerben. Nachdem der usbekische Präsident Karimow den US-amerikanischen und europäischen Demokratisierungsvorstellungen eine Absage erteilt hat, ist eine politische wie wirtschaftliche Annäherung Taschkents an Moskau zu beobachten.

Kasachstan

Kasachstan, der ressourcenreichste GUS-Staat, versteht es, gleichzeitig mit Russland auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet zu kooperieren und sich Handlungsspielraum auch in Richtung Westen und Osten (China) zu bewahren. Begleitet von zähen Verhandlungen mit Russlands *Transneft* erhielt es mit der *Caspian Pipeline Consortium* eine Pipeline nach Novo-

rossijsk und somit eine Exportmöglichkeit für sein Erdöl aus dem westkasachischen *Tengis*-Feld auf den Weltmarkt.²⁴ Seit 2006 steht Kasachstan mit der *BTC*-Pipeline ein weiterer Exportweg offen, der russisches Territorium vermeidet. Mit Rücksicht auf Russlands Widerstand gegen Unterwasser-Pipelines für Gas und Öl durch das Kaspische Meer begnügt sich Kasachstan jedoch vorerst mit dem Transport durch kleine Ölfraachter nach Baku. Die kasachische Gas- und Ölgesellschaft geht Kooperationen mit russischen Ölgesellschaften wie *Rosneft* und *Lukoil* zur Entwicklung von Ölfeldern ein. Gleichzeitig erhält China Konzessionen zur Erdgas- und Erdölförderung sowie zum Bau einer Erdgaspipeline von Westkasachstan nach der westchinesischen Provinz *Xinjiang*.

Turkmenistan

Turkmenistan besitzt nach Russland die umfangreichsten Gasvorräte aller GUS-Staaten. Es exportiert Erdgas über das *Gasprom*-Netz nach Russland und weiter in die Ukraine und nach Belarus. Ein direkter Exportweg zu zahlungskräftigen europäischen Kunden steht ihm jedoch nicht offen, da *Gasprom* diesen Markt für sich reserviert hat. Der Iran, selbst reich an Erdgas, nimmt zwar Turkmenistan einige Mrd. m³ Ergas zur Versorgung seiner Nordregion ab und gestattet die Durchleitung von turkmenischem Erdgas in die Türkei und nach Armenien, doch konnte Turkmenistan bislang keine Hauptexportpipeline Richtung Süden bzw. Westen realisieren. Grund war vor allem das geschickte Taktieren von *Gasprom*: Die russische Firma konnte sich mit der *Blue-Stream* Gaspipeline durch das Schwarze Meer den türkischen Markt reservieren, weswegen Turkmenistans Pläne für eine West-Pipeline Iran-Türkei-Europa in der Schublade blieben. Selbst die bescheidene Gaspipeline nach Armenien (die allerdings später hätte erweitert werden können) hat *Gasprom* auf dem armenischen Abschnitt unter seine Kontrolle gebracht. Da Russland über den Transit von turkmenischem (sowie sonstigem zentralasiatischen) Erdgas in die westliche GUS (Belarus, Ukraine, Moldova) verfügt, kann es auch auf den Preis Einfluss nehmen, den Turkmenistan seinen Abnehmern berechnet und befindet sich hierbei in einer Interessenkoalition mit diesen. Russland nimmt andererseits keinerlei Anstoß an dem bizarren und autoritären Regierungsstil des „Turkmenbaschi“, wie es auch Usbekistans Führung nicht für Menschenrechtsverstöße kritisiert. Hier wird Gas gegen politische Loyalität getauscht.

Kirgistan

Kirgistan verwendet eigene sowie aus Kasachstan importierte Kohle zur Elektrizitätserzeugung. Darüber hinaus importiert das Land Erdgas aus Usbekistan und Kasachstan. Wegen Zahlungsverzögerungen, aber auch weil Kirgistan Flüchtlinge des Andischan-Massakers (Mai 2005) nicht an Usbekistan überstellte, unterbrach Usbekistan seine Gaslieferungen an das Nachbarland. Russlands Einfluss in Kirgistan erhöhte sich durch das Engagement des russischen Stromkonzerns *RAO UES*, der in Südkirgistan Wasserkraftwerke baut und das Land an einen GUS-weiten Elektrizitätsverbund anschließt. Außerdem erwarb *Gasprom*s Tochterunternehmen *Gazprom Neft* Beteiligungen am kleinen Ölsektor Kirgistans.

Tadschikistan

Russland hat einen Teil der Staatsschulden Tadschikistans durch Beteiligungen an seinem Energiesektor, in dem Wasserkraftwerke dominieren, kompensiert. *RAO UES* beteiligt sich an der Errichtung von Wasserkraftwerken, durch die das Land in die Lage versetzt wird, Elektrizität zu exportieren. Im Falle von Tadschikistan, wie auch Kirgistans, ist schwer vorstellbar, dass nichtrussische Unternehmen sich für die Erneuerung und den Ausbau des Energiesektors engagieren würden. Daher ist das Engagement von *RAO UES* praktisch ohne Alternative.

Russlands Energiebeziehungen zu China/Asien

Asien und insbesondere die VR China und Indien werden nicht nur zu den größten Volkswirtschaften der Welt aufsteigen, sondern auch die Energiemärkte der Zukunft dominieren. Alleine Chinas steigender Einfuhrbedarf an Erdöl könnte den Ölmarkt der Zukunft weitgehend bestimmen. Russland bietet sich für China als Alternative zum Nahen Osten an, von wo aus das Land überwiegend mit Erdöl beliefert wird und von wo es auch künftig Erdgas (in Form von Flüssiggas) beziehen möchte. Allerdings hat China auch schon konkrete Schritte unternommen, um seine Energiebeziehungen mit Kasachstan und Turkmenistan auszubauen.

Seit 1992 diskutieren Russland und China über den Bau einer Ölpipeline aus dem russischen Ostsibirien nach Nordchina. Das Projekt, für das sich auch *Chodorkowskij*

eingesetzt hatte, kam jedoch wegen russischer Bedenken lange nicht voran. Die russische Seite befürchtete, mit einer nur nach China verlaufenden Pipeline einem Preisdiktat des chinesischen Partners ausgeliefert zu werden und zog eine Pipeline nach Japan mit Abzweigung nach China vor. Die Japan-Pipeline wurde 2006 begonnen. Wann die China-Abzweigung gebaut werden wird, ist noch offen. Um dennoch die „strategische Partnerschaft“ Russlands mit China zu untermauern, bot Putin eine Erdgaspipeline aus Westsibirien ins westliche China an. Diese „*Altai-Pipeline*“ ist allerdings ebenfalls eine Verlegenheitslösung, denn sie ersetzt zunächst den Bau einer Erdgaspipeline aus dem näher zu den chinesischen Verbrauchszentren gelegenen ostsibirischen *Kovykta*-Gasfeld nach Nordchina. Da dieses dem russisch-britischen Gemeinschaftsunternehmen *TNK-BP* gehört, legt *Gasprom* dem Bau der Pipeline und damit der Entwicklung von *Kovykta* Steine in den Weg.²⁵

Die russische Energiepolitik gegenüber China und Asien hinterlässt somit eher den Eindruck der Konzeptionslosigkeit als den einer ausgeklügelten geopolitischen Strategie.

Russlands Energiebeziehungen – Business oder Politik?

Die Beziehungen Russlands bzw. der russischen Energieunternehmen zu den GUS-Staaten lassen sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Technische Rationalität, kommerzielle Aktionen und politische Konstellationen haben je nach den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Staaten einen mehr oder weniger starken Einfluss russischen Kapitals und damit auch der russischen Politik zur Folge.

Die russischen Unternehmen des Energiebereichs sind vor allem am europäischen Absatzmarkt, der eine langfristig steigende und berechenbare Nachfrage zu attraktiven Preisen bedeutet, interessiert. Ihr Einfluss auf die Staatsführung sollte nicht unterschätzt werden. Keinesfalls kann davon ausgegangen werden, dass die Energiewirtschaft ein williger Handlanger für machtpolitische Ambitionen des Kremls ist, wenn sie den Geschäftsinteressen dieser zunehmend international agierenden Konzerne nicht entsprechen würde. Daher kann mit Kontinuität der Energiebeziehungen zu Europa gerechnet werden, auch wenn sich das politische Klima zeitweilig abkühlen sollte. Zwar behauptet kaum jemand, dass Russland plant, west-

liche Staaten bzw. Europa mit der „Energie-
waffe“ zu bedrohen, jedoch wird weithin
unterstellt, dass es seine Energiepolitik auch
mit dem Ziel betreibe, seinen Einfluss in der
GUS zu wahren. Als Beweis dafür werden
die Lieferunterbrechungen und andere „Zwi-
schenfälle“ angeführt, die es seit Beginn der
neunziger Jahre gegenüber den „schwierigen“
Nachbarstaaten Belarus, der Ukraine
und Moldova gab.

Gegen diese Argumentation muss vor al-
lem eingewandt werden, dass es nicht ohne
weiteres zulässig ist, Maßnahmen russischer
Unternehmen als (politisch motivierte)
Schritte des Kremls zu interpretieren. Dies
gilt sogar, wenn es sich dabei um staatliche
oder halbstaatliche Firmen handelt, denn es
ist keineswegs gesagt, dass deren Aktionen
einen politischen Hintergrund haben, auch
wenn sie vom russischen Präsidenten ge-
nehmigt werden (wie dies z.B. bei der Gas-
abschaltung für die Ukraine am Jahresanfang
2006 der Fall war). Man kann umgekehrt
davon ausgehen, dass die russischen Ener-
gieunternehmen eigene Ziele verfolgen und
sich dafür politische Rückendeckung beim
Kreml verschaffen. In diesem Zusammen-
hang wird ein methodisches bzw. analyti-
sches Problem deutlich: Die „wahren“ Be-
weggründe der russischen Akteure (Ener-
gieunternehmen, Kreml) können nicht ohne
weiteres aus den Ereignissen abgelesen
werden. Bei der Diskussion um den Einsatz
von „Energie als Waffe“ (in der immer un-
terstellt wird, dass die Waffe in Händen des
russischen Staates liege), wird übersehen,
dass die Konsequenzen für die betroffenen
Staaten dieselben sind bzw. wären, wenn
„nur“ kommerzielle Motive dahinter stün-
den. Das Argument, dass Russland seine
Energieexporte als „strategische Waffe“
betrachtet, die zwar – ähnlich wie Atom-
waffen – nicht eingesetzt, sondern als Droh-
potential in Reserve gehalten wird, kann
sich auch auf Äußerungen russischer Poli-
tiker stützen, was aber noch kein schlagender
Beweis ist. Gegen dieses Argument
spricht, dass Russland seine Integration in
die Weltwirtschaft vorantreibt und sich da-
mit selbst für Abwehrreaktionen anfällig
macht. Nur ein wirtschaftlich autonomer
Staat, der überdies auf das Wohlergehen
seiner Bevölkerung keine Rücksicht zu neh-
men braucht, könnte nämlich seine Haupt-
exportprodukte gemäß geopolitischen Vor-
stellungen umlenken oder den Export ein-
stellen. Energie ist „eine stumpfe Waffe,
schwer zu steuern, oft uneffektiv, und schä-
digt gewöhnlich denjenigen, der sie führt,
genauso oder sogar noch mehr als den, ge-
gen den sie gebraucht wird.“²⁶

- 1 Roland Götz, Nach dem Gaskonflikt. Wirt-
schaftliche Konsequenzen für Russland, die
Ukraine und die EU, Berlin: Stiftung Wis-
senschaft und Politik, Januar 2006 (SWP-
Aktuell 3/06), <www.swp-berlin.org>.
- 2 Andrew Monaghan, Russian Oil and EU
Energy Security, in: Conflict Studies Re-
search Centre Russian Series 05/65, Novem-
ber 2005, <[www.da.mod.uk/CSRC/docu-
ments/russian/05\(65\).pdf](http://www.da.mod.uk/CSRC/documents/russian/05(65).pdf)>, S. 4. und S.14.
- 3 Roland Götz, Russlands Öl und Europa,
FES-Analyse Juli 2006, S. 7 ff., <[http://
library.fes.de/library/fr-voll-digibibnew.
html](http://library.fes.de/library/fr-voll-digibibnew.html)>.
- 4 <[www.globalinsight.com/SDA/
SDADetail6500.htm](http://www.globalinsight.com/SDA/SDADetail6500.htm)>.
- 5 Als weitere Mitglieder kommen Libyen, Ka-
sachstan und Usbekistan in Frage, während
Aserbaidschan einer von Russland domi-
nierten Organisation wohl fern bleiben wird.
- 6 Unter „Energiesicherheit“ wird in Deutsch-
land das Zielbündel Versorgungssicherheit,
Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglich-
keit verstanden. Wenn diese Ziele gleich-
rangig verfolgt werden, gilt die Energiepoli-
tik als nachhaltig, vgl. Energiebericht 2001,
S. 10f. Aus der Perspektive der Sicherheits-
politik schließt Energiesicherheit vor allem
Versorgungssicherheit (*security of supply*)
ein, betont dabei aber die politischen As-
pekte zwischen antagonistischen Akteuren.
- 7 Belarus hatte 2005 9,8 Mio. Einwohner.
- 8 Chloe Bruce, Friction or Fiction? The Gas
Factor in Russian-Belarusian Relations,
Chatham House Russia and Eurasia Pro-
gramme Briefing Paper, Mai 2005,
<[www.chathamhouse.org.uk/pdf/research/
rep/BP0501gas.pdf](http://www.chathamhouse.org.uk/pdf/research/rep/BP0501gas.pdf)>.
- 9 Wegen mangelnder Rentabilität wurde der
Plan zum Bau einer Gaspipeline aus Nor-
wegen durch die Ostsee bisher verworfen.
Geprüft wurde auch die Möglichkeit der
Umdrehung der Fließrichtung der Jamal-
Pipeline zur Belieferung Polens aus
Deutschland, siehe Kai-Olaf Lang, Zwi-
schen Sicherheitspolitik und Ökonomie.
Polens Energiewirtschaft im Spannungsfeld,
in: Osteuropa, 54 (2004) 9-10, S. 203-222,
hier S. 210 f.
- 10 Vladimir Socor, Belarus seeks to Emulate
German-Gazprom Deals, in: Belarusian
Review, (2006) 2, <[www.belreview.cz/artic-
les/3017.html](http://www.belreview.cz/articles/3017.html)>.
- 11 Margarita Balmaceda, Explaining the Ma-
nagement of Energy Dependency in Ukrai-
ne: Possibilities and Limits of a Domestic-
Centered Perspective, in: Mannheimer Zen-
trum für Europäische Sozialforschung Wor-
king Papers 79/2004, S. 6ff., <[www.mzes.
uni-mannheim.de/publications/wp/wp-
79.pdf](http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-79.pdf)>.
- 12 In der Bundesrepublik Deutschland verbra-
chen 82 Millionen Einwohner rund 95 Mrd.
m³ Erdgas. In der Ukraine beträgt der Erd-
gasverbrauch bei 47 Millionen Einwohnern
knapp 80 Mrd. m³.
- 13 Katharina C. Preuß Neudorf, Die Erdgas-
wirtschaft in Russland, Köln 1996, S. 125.
- 14 Global Witness, It's a gas. Funny business
in the Turkmen-Ukraine gas trade, April
2006, <[http://www.globalwitness.org/re-
ports/show.php/en.00088.html](http://www.globalwitness.org/reports/show.php/en.00088.html)>, S. 32ff.
- 15 Roland Götz, Nach dem Gaskonflikt. Wirt-
schaftliche Konsequenzen für Russland, die
Ukraine und die EU, in: SWP Aktuell, 03/
2006, <[www.swp-berlin.org/de/produkte/
swp_aktuell_detail.php?id=5411](http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=5411)>.
- 16 Siehe auch Roland Götz, Nach dem Gas-
konflikt. Wirtschaftliche Konsequenzen für
Russland, die Ukraine und die EU, in: SWP
Aktuell, 03/2006, <[www.swp-berlin.org/de/
produkte/swp_aktuell_detail.php?
id=5411](http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=5411)>.
- 17 Vgl. hier und im Folgenden Saltanat Berdi-
keeva/Erin Mark, Russian Energy Politics,
in: Eurasia 21, 2006, <[www.eurasia21.com/
contents/analysis/russian_energy_
politics.pdf](http://www.eurasia21.com/contents/analysis/russian_energy_politics.pdf)>.
- 18 Iurie Gotsian, Energetic dependence, 3. Sept.
2004, <[www.e-democracy.md/en/comments/
socioeconomic/200409031/](http://www.e-democracy.md/en/comments/socioeconomic/200409031/)>.
- 19 Iurie Gotsian, Europe Must Not Forget: Gas
is Coming From the East, <[www.e-
democracy.md/en/comments/socioeconomic/
2006.shtm](http://www.e-democracy.md/en/comments/socioeconomic/2006.shtm)>.
- 20 Zur problematischen Situation des georgi-
schen Energiesektors mit veralteten Anla-
gen, fehlenden Verbrauchsmessgeräten vgl.
<[www.investmentguide.ge/pages/
economic_sectors/ electricity_gas_water/
electricity/](http://www.investmentguide.ge/pages/economic_sectors/electricity_gas_water/electricity/)>.
- 21 Vladimir Socor, Armenia's Giveways to
Russia. From Property For Debt to Pro-
perty for Gas, <[www.jamestown.org/
print_friendly.php?volume_id=414&issue_
id=3694&article_id=2370998](http://www.jamestown.org/print_friendly.php?volume_id=414&issue_id=3694&article_id=2370998)>; Emil Da-
nielyan, Armenia Cedes More Energy As-
sets for Cheaper Russian Gas, 14.10.2006,
<[www.eurasianet.org/departments/busi-
ness/articles/eav041006.shtml](http://www.eurasianet.org/departments/business/articles/eav041006.shtml)>.
- 22 Rizvan Nabiev, Wider die russische Mono-
polstellung, 25.10.2003, <[www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artike-
lid=101103](http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artike-
lid=101103)>.
- 23 Russland, Iran, Aserbaidschan wollen
Stromverbund, 21.12.2004, <[www.politik-
forum.at/ftopic1184-15.html](http://www.politik-
forum.at/ftopic1184-15.html)>.
- 24 Friedemann Müller, Machtspiele um die
Kaspische Energie?, in: Aus Politik und
Zeitgeschichte, 4/2006, <[www.bpb.de/publi-
kationen/RXJC1U,0,Zentralasien.html](http://www.bpb.de/publi-
kationen/RXJC1U,0,Zentralasien.html)>.
- 25 Roland Götz, Europa und China im Wett-
streit um Russlands Erdgas?, in: SWP-Ak-
tuell 18/2006, <[www.swp-berlin.org/de/
common/get_document.php?id=1548](http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1548)>.
- 26 Andrew Monaghan, Russia-EU Relations.
An Emerging Energy Security Dilemma, in:
Pro et Contra 10 (2006) 2-3,
<[www.carnegieendowment.org/files/
EmergingDilemma1.pdf](http://www.carnegieendowment.org/files/EmergingDilemma1.pdf)>.